
GEMEINSAM ZUKUNFT SCHAFFEN!

Programm der Reinbeker Liberalen zur Kommunalwahl 2023

„Wir müssen Reinbeks Bürger erziehen“, mit diesen Worten verdeutlichte ein Stadtverordneter des politischen Wettbewerbs, begleitet von zustimmenden Kommentaren auch aus den Reihen anderer Fraktionen, am 23.09.2021 im Rahmen einer Stadtverordnetenversammlung seine Grundeinstellung zum Umgang mit Reinbeks Bürgern. Diese Grundhaltung der politischen Wettbewerber steht im kompletten Gegensatz zu unseren liberalen Grundsätzen. Das politische Handeln der Reinbeker Liberalen orientiert sich am Leitbild des verantwortlich und selbstbestimmt handelnden Bürgers. Politik ist kein Selbstzweck oder Erziehungsauftrag, sondern hat das Wohl der Reinbeker Bürger zum Ziel.

Die Erhaltung der Bürgerrechte, insbesondere des Rechtes auf Selbstbestimmung steht für uns an erster Stelle. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Reinbek eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe erhalten.

1. Stadtentwicklung und Bauen

Zum Thema Stadtentwicklung wird häufig isoliert auf den eng begrenzten Reinbeker Bereich diskutiert. Aus diesem Grund hier zunächst drei allgemeine Bemerkungen vorweg.

Ländlichen Raum stärken!

In Deutschland gibt es keine allgemeine Wohnungsnot. Nach Erhebungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung stehen zurzeit in Deutschland mehr als 1,5 Millionen Wohnungen leer, bis zum Jahr 2030 soll sich diese Zahl auf ca. 3,0 Millionen leerstehende Wohnungen sogar noch verdoppeln¹. Gleichzeitig gehen alle Bevölkerungsprognosen davon aus, dass selbst bei dauerhafter Zuwanderung von mehreren hunderttausend Menschen pro Jahr die Zahl der Einwohner in Deutschland sinken wird.

Allerdings sind Nachfrage und Angebot im Immobilienmarkt stark unterschiedlich ausgeprägt. Während in den Ballungsräumen wozu auch Reinbek gehört eine hohe Nachfrage besteht, verstärkt sich der Leerstand im ländlichen Raum und führt so zu weiteren Problemen. Wir zitieren hier das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: *„Knapppheit und steigende Mieten in den Schwarmstädten sind die Kehrseite von Schrumpfung und zunehmendem Leerstand in der Fläche. Was aktuell passiert sind somit volkswirtschaftliche Fehlinvestitionen in beträchtlichem Umfang: Nicht nur Wohnungen, auch Schulen, Kitas und andere Infrastruktur fallen in den Schrumpfungsregionen leer und müssen in den Zuwanderungsregionen neu gebaut werden.“*

Aus unserer Sicht ist es Aufgabe von Landes- und Bundesregierung, dem Trend zur Entleerung des ländlichen Raumes entgegenzuwirken. Dazu ist eine Vielzahl von Maßnahmen möglich und geeignet, die hier aufzuzählen den Rahmen sprengen würde. Nur als Beispiel sei der gute Ausbau der Glasfaserinfrastruktur in Schleswig-Holstein genannt, der wesentlich von Herrn Bernd Buchholz (FDP) als Wirtschaftsminister vorangetrieben wurde. Gleichzeitig sollten Ballungsräume alle Maßnahmen vermeiden, die die Landflucht noch beschleunigen.

Menschen fördern statt Beton!

Öffentlich geförderter Wohnungsbau (Sozialwohnungen) verteuert die frei finanzierten Wohnungen und benachteiligt auf diese Weise zum Beispiel junge Familien, die mit ihrem Einkommen nur knapp oberhalb von Einkommensgrenzen für geförderten Wohnraum liegen. Aufgrund der immer weiter ausufernden gesetzlichen Vorgaben zur Bauausführung und infolge der Grundstückspreise ist ein geförderter Wohnraum nur

¹ Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: „Künftige Wohnungsleerstände in Deutschland“

- 3 -

möglich, wenn durch höhere Mieten bei den freien Wohnungen eine Querfinanzierung der vom Investor benötigten Einnahmen erfolgt.

Sinnvoller ist es daher, dass der Staat nicht weiterhin Immobilien und deren Besitzer finanziell fördert, sondern durch ein verbessertes Wohngeld gezielt diejenigen Menschen unterstützt, die bedürftig sind oder durch eine gezielte Förderung Wohneigentum für breite Schichten der Bevölkerung ermöglicht. Dieses Ziel verfolgen die Reinbeker Liberalen langfristig. Gleichwohl gilt es, bis zum Erreichen dieses Zieles, die Möglichkeiten des Wohnbauförderungsgesetzes insbesondere für Bestandsimmobilien zu nutzen.

Große Neubaugebiete lösen keine Finanzprobleme!

Es ist ein in Politik und Öffentlichkeit verbreiteter Irrglaube, durch Ausweisung neuer Wohnbaugebiete die finanzielle Lage einer Kommune verbessern zu können. Das Gegenteil ist der Fall. Denn Neubaugebiete und Neubürger erfordern auch zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen (Schulen, Kita usw.), die zudem langfristigen Erhaltungsaufwand nach sich ziehen.

Inzwischen sind sich alle Fachleute darüber einig, dass die Anfangsinvestitionen in Infrastruktur und deren weitere Bewirtschaftung dauerhaft die zusätzlichen Steuereinnahmen aus Grund- und Einkommensteuer regelmäßig um ein Vielfaches übersteigen. Nur wenn die Kommune selbst durch die Vermarktung eigener Grundstücke zusätzliche Gewinne erzielen kann, ist dies in den ersten Jahren nicht der Fall. Das aber ist in Reinbek nicht gegeben, da hier die entsprechenden Flächen in privater Hand sind. Nur wenn zusätzliche Gewerbesteuern generiert werden können, besteht die Möglichkeit, dass sich ein Neubaugebiet finanziell lohnt.

- 4 -

Reinbek: Ein dynamischer Wohnungsmarkt auch ohne große Neubaugebiete!

	2019	2020	2021	2022
Geburten	219	214	237	227
Sterbefälle	308	334	405	399
Geburten- defizit	- 94	-120	-168	-172
Zuzüge	2.051	1.899	1.771	1.966
Wegzüge	1.649	1.446	1.528	1.457
Wanderungssaldo	402	453	243	509
Saldo, Gesamt	308	333	75	337
Einwohner 01.01	27.416	27.724	28.057	28.132
Einwohner 31.12	27.724	28.057	28.132	28.469

Quelle: Statistikamt Nord und Stadt Reinbek

Aus der obigen Abbildung lassen sich drei Fakten für Reinbek ablesen.

1. Wir haben ein Geburtendefizit zwischen 100 und 170 Menschen pro Jahr. Ohne Zuzug von außerhalb würde Reinbek also schrumpfen. Es gibt pro Jahr ein nennenswertes Potential von Wohnungen, die von Menschen bezogen werden müssen, die nicht aus Reinbek stammen. Zuzug nach Reinbek ist für die Reinbeker FDP daher zwingend erforderlich, um den Charakter Reinbeks zu bewahren.
2. Die Einwohnerzahl Reinbeks wächst auch ohne große Neubaugebiete. Ohne Neubaugebiete ist langfristig ein jährliches Bevölkerungswachstum zwischen 50 und 150 Einwohnern zu erwarten.
3. Es ziehen jedes Jahr zwischen 1.800 und 2.000 Menschen von außerhalb nach Reinbek. Das bedeutet, dass mindestens 900 bis 1.000 Wohnungen und Häuser pro Jahr frei werden und neu bezogen werden können. Insgesamt verfügt Reinbek über ca. 13.500 Wohnungen und Häuser.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Dynamik am Reinbeker Wohnungsmarkt dafür genutzt wird, den Wohnbedürfnissen der in Reinbek lebenden und arbeitenden Menschen unabhängig von ihren finanziellen Verhältnissen besser als bisher gerecht werden zu können.

- 5 -

Grundsätzlich auf die Ausweisung großer Neubaugebiete verzichten!

Große Neubaugebiete wie zum Beispiel die Bebauung des Holzvogtlandes sind mit zahlreichen Nachteilen verbunden und entsprechen nicht den Bedürfnissen der in Reinbek lebenden Menschen. Darüber hinaus werden die Probleme im ländlichen Raum durch solche Planungen noch verschärft.

Hinzu kommen die negativen Auswirkungen auf Verkehr, soziale Infrastruktur, Natur und Klima sowie auf die Finanzen der Stadt Reinbek. Bei den Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung der Wohnbauflächen in Reinbek müssen aus unserer Sicht daher die Auswirkungen umfassend geprüft werden. Ebenso ist eine Abstimmung mit den Nachbarkommunen erforderlich.

Folgende Aspekte sind aus unserer Sicht bei weiteren Planungen unbedingt zu prüfen:

Welche Auswirkungen ergeben sich in Hinblick auf Bevölkerungsstruktur und soziale Bindungen?

Wie werden die Ökologie und das Bild Reinbeks als Stadt im Grünen beeinflusst?

Welche Verkehrsbelastungen ergeben sich aus den Planungen?

Welche finanziellen Folgen für die Stadt und die Bürger haben Neubaugebiete kurz-, mittel- und langfristig?

Für uns gilt folgender Grundsatz:

Die Interessen der bereits in Reinbek wohnenden und/oder arbeitenden Menschen sollten im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen!

Aus unserer Sicht kann eine vorurteilsfreie Beantwortung dieser Fragen nur dazu führen, dass äußerst behutsame Planungen für Reinbek vorgenommen werden und die Entwicklung in den bestehenden Quartieren Vorrang vor der Ausweisung von Neubaugebieten erhält. Hierbei sollten auch zukünftige Veränderungen in den vorhandenen gemischten Wohn- und Gewerbegebieten genutzt werden.

Weitere großflächige Neubaugebiete für Wohnbebauung lehnen wir ab. In dieser Auffassung sehen wir uns auch durch das eindeutige Ergebnis des Bürgerentscheids zur Bebauung des Holzvogtlandes bestätigt.

- 6 -

Stadtteilstruktur Reinbeks erhalten!

Die Siedlungsstruktur mit durch Grünachsen gegliederten Stadtteilen ist ein Merkmal Reinbeks. Jeder der fünf Stadtteile Reinbeks hat einen anderen Charakter, das macht unter anderem den Charme der Stadt Reinbek aus. Diese Stadtteilstruktur wollen wir erhalten und setzen uns daher dafür ein, dass ausreichend Grünachsen und Freiflächen zwischen den Stadtteilen erhalten bleiben.

Ausreichend Stellplätze bei Bebauungsplanungen und Genehmigungen vorsehen!

Im gesamten Stadtgebiet verstärkt sich die Konkurrenz um die wenigen öffentlichen Stellplätze immer mehr. In der Regel werden bei Neubauvorhaben in Reinbek weniger als ein Stellplatz pro Wohneinheit auf dem jeweiligen Grundstück vorgesehen. Dies ist aus unserer Sicht deutlich zu wenig und sorgt dafür, dass sich die Parksituation in den Wohngebieten immer weiter verschärft. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Neubauvorhaben und aufzustellenden Bebauungsplänen für Einfamilien- und Doppelhäuser mindestens 2 Stellplätze je Wohneinheit auf dem zu bebauenden Grundstück vorzusehen sind. Bei Gebäuden mit mehr als zwei Wohneinheiten sind je Wohneinheit mindestens 1,5 Stellplätze vorzusehen, wobei aufzurunden ist, um ganze Zahlen zu erreichen. Für ein Wohnhaus mit 5 Wohneinheiten sind dann zum Beispiel 8 Stellplätze auf dem Baugrundstück zu schaffen.

Nachverdichtung gebietsverträglich gestalten!

In vielen bestehenden Wohngebieten in Reinbek werden die Möglichkeiten ein freiwerdendes Grundstück zu bebauen bis zum äußersten ausgereizt. Dadurch kommt es zu einer nicht mehr gebietsverträglichen Überausnutzung des Grundstückes und sehr hohen Versiegelungsgraden. Auf Initiative der Reinbeker Liberalen haben wir begonnen für bereits bestehende Wohngebiete neue Bebauungspläne aufzustellen, die zum Ziel haben, die Entwicklung zu steuern und Auswüchse bei Neubauten zu verhindern. Diesen Weg wollen wir konsequent weiterverfolgen, um Charme und Charakter der Wohnquartiere zu erhalten. Unser Ziel ist ein moderierender Ausgleich zwischen den Interessen der Nachbarn, des Bauherren und der Ökologie.

Freiwerdende Gewerbeflächen als Mischgebiet auch für Wohnzwecke nutzen!

Die Gewerbeentwicklung in Reinbek ist dynamisch, dadurch kann es zu freiwerdenden Gewerbeflächen oder vorübergehenden Leerständen kommen. Aus unserer Sicht bietet es sich an, bisher reine Gewerbeflächen auch als Mischgebiet zu nutzen in dem Wohnen und Arbeiten kombiniert wird. Dadurch sind kurze Wege und eine enge Bindung zur Wohnbevölkerung möglich. Mit allen positiven Auswirkungen nicht zuletzt auch beim Klimaschutz. So wäre das aktuelle und demnächst freiwerdende Gelände

- 7 -

des Unternehmens Hertz Flavors an der Scholtzstraße sehr gut als Mischgebiet geeignet.

„Netzwerk Wohnen“ für Reinbek ins Leben rufen!

Der preiswerteste Wohnraum ist der bereits existierende Wohnungsbestand in Reinbek. Die Mieten im Reinbeker Wohnungsbestand liegen heute noch bei teilweise 7 € Kaltmiete per m². Dagegen bestätigen uns sämtliche Akteure im Immobiliensektor, dass Neubauwohnungen in Reinbek für mindestens 13 € per m² vermietet werden müssen, um die Kosten zu decken. Ähnliche Preisrelationen ergeben sich beim Kauf von bestehendem Wohneigentum zu Neubauten. Die Reinbeker Bevölkerung ist überdurchschnittlich alt. Infolgedessen führt der zurzeit starke Generationswechsel in den Wohnquartieren dazu, dass jährlich mehr als 200 bestehende Wohnungen und Häuser für die folgende Generation frei werden. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft, durch Schaffung eines Netzwerks Wohnen in Reinbek den Reinbeker Bürgern den Zugang zu diesem freiwerdenden Wohnungsbestand zu erleichtern. Ein solches „Netzwerk Wohnen“ benötigt eine Koordinierungs- und Ansprechstelle, für deren Einrichtung wir uns einsetzen wollen. Im Rahmen des von uns weiter unten beschriebenen Konzeptes für ein selbstbestimmtes Leben im Alter sollten ebenfalls Aufgaben durch das „Netzwerk Wohnen“ wahrgenommen werden.

Sozialbindung bei bereits bestehenden Sozialwohnungen verlängern!

Bei gefördertem Wohnraum ist der Eigentümer für einen bestimmten Zeitraum an das Belegungsrecht und die günstige Miete gebunden. Diese Zeitspanne liegt meist zwischen 20 und 30 Jahren. Diese Sozialbindung läuft bei vielen geförderten Wohnungen auch in Reinbek in den nächsten Jahren aus. Dies wird oft als Argument verwendet, um neuen sozialen Wohnungsbau zu begründen. Aus unserer Sicht ist es jedoch viel einfacher und für alle Beteiligten mit weniger Aufwand verbunden, die Möglichkeit zur Verlängerung der Sozialbindung zu nutzen. Dies sieht das Wohnbauförderungsgesetz ausdrücklich vor. Dazu sollten von Seiten der Stadt frühzeitig Verhandlungen mit den betreffenden Eigentümern aufgenommen werden. Erste Anträge der FDP-Fraktion zu diesem Thema waren erfolgreich, nun gilt es das Thema mit Nachdruck weiter zu verfolgen. Nicht verständlich ist, dass es immer noch politische Akteure gibt, die sich gegen diesen einfachsten Weg sperren.

Die Möglichkeiten des Wohnraumförderungsgesetzes in den bereits bestehenden Wohnquartieren nutzen!

Es ist ein verbreiteter Irrglaube in weiten Kreisen der Politik, dass sich geförderter Wohnraum (Sozialer Wohnungsbau) und Wohnraum mit Belegungsrechten für die Stadt nur durch Neubau schaffen lässt. Das Wohnbauförderungsgesetz führt zahlreiche Möglichkeiten auf, wie aus bereits bestehendem Wohnraum geförderter Wohnraum werden kann. Das gleiche gilt für Belegungsrechte durch die Stadt

- 8 -

Reinbek. Wie bei Neubauvorhaben erhalten die Wohnungseigentümer finanzielle Zuwendungen und gewähren im Gegenzug Belegungsrechte oder garantieren eine sozial gebundene Miethöhe. Um dies umzusetzen ist ein intensiver Dialog mit der in Reinbek aktiven Wohnungswirtschaft erforderlich. Erste Anträge zur Umsetzung konnten wir bereits erfolgreich stellen, nun gilt es diesen Weg konsequent weiter zu verfolgen. Denn dieses Vorgehen ist nicht nur deutlich schneller und effizienter, sondern verhindert auch eine weitere Versiegelung der Freiflächen durch Geschosswohnungsbau.

Wohnbauflächen im Besitz der Stadt Reinbek zielgerichtet für Reinbeker Bedarfe nutzen!

Die Stadt Reinbek verfügt nur über einen geringen eigenen Grundbesitz, der für Wohnbebauungen geeignet ist. Dieser ist daher für in Reinbek bestehende Sonderbedarfe zielgerichtet zu nutzen. Seit 2015 befindet sich der Bebauungsplan 100 (Südlich Feldstraße/Nördlich Eggerskoppel) in Bearbeitung. Hier sollten aus unserer Sicht in Zusammenarbeit mit einem geeigneten Investor zu 100 % Wohnungen im unteren Preissegment entstehen, die nach festgelegten Kriterien nur an Menschen vergeben werden, die bereits längere Zeit in Reinbek leben oder gelebt haben beziehungsweise seit längerem in Reinbek arbeiten. Entsprechende Punktemodelle werden in einigen Kommunen Deutschlands oft schon seit vielen Jahren erfolgreich angewendet.

Zukünftige Unterkünfte für Flüchtlinge sollen nach unserer Auffassung als feste dauerhafte Unterkünfte auf Flächen der Stadt Reinbek gebaut werden. Dadurch wird ein reibungsloser Übergang zur Nutzung als Mietwohnung ermöglicht.

Traum vom Eigenheim für junge Reinbeker Familien ermöglichen!

Gerade junge Familien, nicht nur in Reinbek, träumen von Wohneigentum in Form eines Einzel- oder Doppelhauses mit Garten. Aufgrund der Altersstruktur in Reinbek ergeben sich bereits in den vorhandenen Wohngebieten immer wieder Möglichkeiten diesen Traum zu verwirklichen und eine bereits bestehende Immobilie zu erwerben. Durch die bereits beschriebene Maßnahme der gebietsverträglichen Nachverdichtung wird die überbordende Ausnutzung freiwerdender Immobilien durch Investoren begrenzt. Dadurch sorgen wir dafür, dass die Preisspirale durch Investoren nicht weiter nach oben gedreht werden kann. Gleichwohl stellt das aktuelle Marktniveau so manche junge Familie vor finanzielle Probleme. Das in den nächsten Jahren freiwerdende Gelände des jetzigen Sportgeländes in Ohe ist prädestiniert für Einfamilien- und Doppelhausbebauung. Diese Fläche im Besitz der Stadt Reinbek wollen wir daher nutzen, um Familien mit Reinbek Bezug den Traum vom Eigenheim zu ermöglichen. Die Grundstücke sollen ausschließlich an Familien und Käufer vergeben werden, die bestimmte Voraussetzungen mit Reinbek Bezug erfüllen. Dazu kann zum Beispiel die bisherige Lebens- oder Arbeitszeit in Reinbek gehören oder auch das ehrenamtliche Engagement für Reinbek z. B. in einer Reinbeker Feuerwehr.

- 9 -

Unser Ziel ist es nicht, dieses Wohngebiet möglichst schnell zu füllen. Wir wollen die Bedürfnisse der Menschen mit Reinbek Bezug abdecken, da darf es ruhig ein paar Jahre dauern, bis alle Grundstücke vergeben sind.

Gewerbeflächenentwicklung moderat vorantreiben!

Die Einnahmen aus Gewerbesteuer stellen die wichtigste Einnahmequelle der Stadt Reinbek dar. Daher setzen wir uns für eine moderate Gewerbeflächenentwicklung ein, bei der die Interessen der Reinbeker Bürger angemessen berücksichtigt werden. Der Umzug des Unternehmens Rowohlt nach Hamburg zeigt, dass auch die Stadt Reinbek sich mit seinem Angebot an Gewerbeflächen dem stetigen Wandel stellen muss. Das Gewerbegebiet Haidland westlich von Schönningstedt bietet eines der letzten Potentiale für zusätzliche Gewerbeflächen in Reinbek. Eine moderate und endgültige Erweiterung um maximal 180 Meter nach Osten wollen wir gemeinsam mit den Bürgern auf den Weg bringen. In jedem Fall soll zwischen einer möglichen Gewerbeflächenenerweiterung und Schönningstedt ein mehrere 100 Meter breiter Grünstreifen verbleiben. Hier können wir uns auch die Aufforstung eines Stadtwaldes vorstellen.

Unser Ziel ist es auf Bedürfnisse Reinbeker Betriebe schnell reagieren zu können. Im Zuge einer solchen Erweiterung lässt sich auch das Problem der jetzigen Zufahrt zum Recyclinghof in Schönningstedt im Sinne der Anwohner durch eine Verlagerung des Recyclinghofes nach Westen lösen.

Ob auch im Bereich Büchschinken noch Potential für Gewerbeflächen besteht, wird aktuell geprüft. Auch wenn die Prüfung das Potential bestätigt, wäre dies ein langfristiges Vorhaben. Darüber sollte zu einem gegebenen Zeitpunkt im dann herrschenden wirtschaftlichen Umfeld entschieden werden. Da die Potentiale für neue Gewerbeflächen in Reinbek stark begrenzt sind, kommt der Vermeidung von Leerstand in den vorhandenen Gewerbeflächen umso größere Bedeutung zu. Hier werden wir uns für eine verstärkte Moderation durch unsere Stelle für Wirtschaftsförderung einsetzen, um das Netzwerk der einzelnen Akteure weiter zu verbessern.

Ziele im Rahmen eines Stadtentwicklungskonzeptes festlegen!

Die Reinbeker Liberalen haben sich in den letzten Jahren auf zahlreichen abendlichen Arbeitstreffen mit dem Thema Stadtentwicklung und im Besonderen der Wohnbauentwicklung befasst. Ergebnis ist ein Wohnbaukonzept, dessen Inhalte auf den vorherigen Seiten beschrieben wurden. Unser Ziel ist es, Menschen aus allen finanziellen Verhältnissen ein Wohnen in Reinbek zu ermöglichen. Aus unserer Sicht ist es unbedingt erforderlich, dass die Stadt Reinbek für sich Entwicklungsziele formuliert, die die Leitschnur für zukünftige Entscheidungen darstellen. Ein konkretes Ziel, das wir verfolgen, ist ein nur sehr moderates Bevölkerungswachstum. Wir halten

- 10 -

es für sinnvoll, wenn Reinbek auch im Jahr 2040 nicht mehr als 30.000 Einwohner zählt. Die weiteren Bausteine unseres Stadtentwicklungskonzeptes fassen wir hier noch einmal plakativ zusammen.



Bürgerentscheide über Reinbeks zukünftige Entwicklung weiter ermöglichen!

Die vorhandenen Möglichkeiten der direkten Demokratie ermöglichen es, die Bürgerinnen und Bürger über grundlegende Entscheidungen zur zukünftigen Entwicklung der Stadt Reinbek direkt abstimmen zu lassen. Diese Möglichkeit wollen wir nutzen, auch um unseren Anspruch, Politik für die Bürger Reinbeks zu machen, gerecht zu werden. Die Bestrebungen der aktuellen Landesregierung aus CDU und Grünen die Bürgerrechte in diesem Punkt zu beschneiden, verurteilen wir. Eine Entscheidung zum Holzvogtland wie in Reinbek durchgeführt, wäre nach diesen Planungen nicht mehr möglich. Wer sich mit der jeweiligen Materie intensiv auseinandersetzt und nach sachlicher Abwägung des Für und Wider zu einer Entscheidung kommt, muss Bürgerbegehren und Bürgerentscheide nicht fürchten.

Einzelhandel, ortsnahes Einkaufen weiterentwickeln!

Bei den ortsnahen Einkaufsmöglichkeiten hat sich die Situation in den letzten Jahren durch Modernisierungen, Erweiterungen und neue Standorte deutlich verbessert.

Schwerpunkt der nächsten Jahre muss daher eine qualitative Verbesserung der Situation im Zentrum von Alt-Reinbek sein. Insbesondere der Bereich des Sachsenwaldforums ist für Kunden wenig attraktiv und lädt nicht zum Verweilen ein.

- 11 -

So könnte die überdachte Innenhoffläche vor dem Sachsenwaldhotel bei entsprechender Umgestaltung durchaus für Veranstaltungen genutzt werden. Durch den Wegzug des Unternehmens Rowohlt zeichnet sich eine weitere Problemlage, aber auch gleichzeitig Chance für diesen Bereich ab. Die Politik kann hier nur den gestalterischen Rahmen vorgeben. Daher ist in intensiven Gesprächen mit den Eigentümern und potentiellen Investoren ein zukunftsfähiges Konzept für den Bereich Bahnhofstraße, Bergstraße, Rosenplatz und Hamburger Straße zu erarbeiten. Wir wollen diesen Prozess anstoßen und aktiv begleiten. Wir sind bereit, im Sinne der Umsetzung eines überzeugenden Konzeptes für Reinbeks Zentrum auch rechtliche Hürden aus dem Weg zu räumen. Zu einem attraktiven Zentrum gehören auch ausreichende und an die heutigen Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft angepasste Parkplätze. Diese wollen wir auch in Zukunft kostenfrei zur Verfügung stellen.

Sanierungsstau zügig abbauen!

In den letzten fünf Jahren wurde in Reinbek deutlich mehr in den Erhalt und die Sanierung des Straßen- und Wegenetzes investiert als in den Jahren davor. Dennoch besteht weiterhin umfangreicher Sanierungsbedarf bei Straßen, Fuß- und Radwegen und bei der barrierefreien Gestaltung der Verkehrseinrichtungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanierung zügig vorangetrieben wird und die investiven Mittel mindestens dem Werteverzehr durch Abschreibung entsprechen.

Digitale Infrastruktur beschleunigt ausbauen!

Gegen unseren Rat wurde in Reinbek beim Ausbau der digitalen Infrastruktur nur auf einen Akteur gesetzt, dessen geringe Ressourcen zudem noch mit zahlreichen anderen Stormarer Kommunen geteilt werden müssen. Entsprechend langsam kommt es hier zu Verbesserungen der digitalen Infrastruktur. Wir setzen uns dafür ein, dass auch andere Marktteilnehmer mit ins Boot geholt werden, um zum Beispiel den Ausbau des Glasfasernetzes beschleunigt durchführen zu können.

Klimaresistente Gestaltung der städtischen Infrastruktur auf allen Ebenen!

Selbst wenn das 1,5 Grad Ziel des Pariser Abkommens erreicht wird, müssen wir uns auf wärmere Sommer und regenreichere Winter sowie vermehrte Unwetter einstellen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die städtische Infrastruktur klimaresistent gestaltet wird. Eine entscheidende Rolle spielt dabei ein ausreichend dimensioniertes Kanalnetz. Auch die Vorfluter sind so zu gestalten, dass Hochwasser, wenn überhaupt, nur zu geringen Schäden führen. Fuß- und Radwege sowie Straßen sind vermehrt schattig auszuführen und an öffentlichen Plätzen Wasserspender zu installieren. Die Gestaltung und Begrünung der öffentlichen Flächen ist vermehrt nach dem Aspekt Klimaschutz auszurichten. Weitere Maßnahmen, die wir unterstützen, finden Sie im Kapitel Umwelt- und Verkehr.

2. Schule und Soziales

Die Reinbeker Liberalen verstehen Sozial- und Schulpolitik nicht als Verteilung von Almosen. Im Vordergrund steht der Gedanke, Eigeninitiative und Leistung zu fördern. Wir wollen im Rahmen der auch in Reinbek begrenzten finanziellen Möglichkeiten diesen Weg weiterverfolgen!

Kinderbetreuung:

Kinderbetreuungsangebot bedarfsgerecht entwickeln!

Das Betreuungsangebot für Kinder aller Altersstufen hat sich am Bedarf sowie der Nachfrage der Eltern und Kinder zu orientieren. Betreuungsplätze sind insbesondere in Bezug auf die Betreuungszeiten an die sich verändernde Arbeitswelt anzupassen. So sollte es in Zukunft zum Beispiel auch möglich sein, Kinder nur an einzelnen Tagen in der Woche betreuen zu lassen. Auch die moderne Arbeitswelt mit beispielsweise zunehmender Arbeit im Homeoffice macht eine möglichst flexible Gestaltung der Betreuung erforderlich. Private und ehrenamtliche Initiativen wollen wir in gleicher Weise unterstützen wie staatliche Einrichtungen.

Während die Zahl der nachgefragten Betreuungsplätze für Kinder über drei Jahren annähernd konstant geblieben ist, erhöhte sich, aufgrund der verstärkten Nachfrage durch die Eltern, die Zahl der erforderlichen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in den letzten Jahren beträchtlich.

Neben einigen Erweiterungen vorhandener Kindertagesstätten setzen wir uns daher dafür ein, dass mindestens eine weitere Kindertagesstätte in Reinbek neu entsteht. Erste Beschlüsse dazu wurden bereits gefasst. Die gute geografische Abdeckung mit Betreuungsplätzen in allen Stadtteilen wollen wir erhalten.

Da die Betreuungsplätze am Schulhort in Neuschönningstedt weiterhin stark nachgefragt werden, setzen wir uns für die Fortführung dieses Angebotes neben der Betreuung in der offenen Ganztagschule ein.

Personalsituation in allen Kinderbetreuungseinrichtungen verbessern!

Der Bedarf an qualifiziertem Personal in unseren Kindertagesstätten und weiteren Betreuungseinrichtungen ist ungebrochen hoch. Aktuell hat kaum eine Einrichtung in Reinbek alle geplanten Stellen besetzt. Wir wollen durch innovative Ansätze die Arbeit in den Reinbeker Einrichtungen attraktiv gestalten und halten es für sinnvoll, wenn alle Einrichtungen und Träger das Thema Personal- und Nachwuchsgewinnung gemeinsam voranbringen. Eine angemessene Bezahlung und ein hoher Praxisanteil schon während der Ausbildung sind ebenfalls dazu geeignet, die Attraktivität des

- 13 -

Erzieherberufs zu steigern. Die praxisintegrierte Erzieherausbildung (PIA) wollen wir daher weiter unterstützen. Flexible Arbeitszeitmodelle und die Entlastung von administrativen Aufgaben werden wir fördern.

Kindertagesstätten mit Neigungsschwerpunkten!

Kindertagesstätten, die Neigungsschwerpunkte setzen und so den unterschiedlichen Erziehungsvorstellungen der Eltern gerecht werden, wollen wir unterstützen. So sind neben Waldkindergärten z.B. auch Kindertagesstätten mit musikalischem, künstlerischem oder sportlichem Schwerpunkt denkbar. So wäre eine KiTa auf dem neuen Sportgelände Nord für uns vorstellbar. Regelmäßige Begegnungen von Vorschulkindern und Senioren zum gemeinsamen Spielen und Musizieren wollen wir unterstützen.

Schulentwicklung:

Qualitätsverbesserung in den offenen Ganztagschulen weiter vorantreiben!

In den letzten Jahren konnten alle Grundschulen eine qualitativ gute Nachmittagsbetreuung aufbauen. Alle Reinbeker Schulen verfügen über eine reguläre Mensa. Die ab dem Jahr 2026 greifende gesetzliche Verpflichtung zu einem ganztätigen Betreuungsangebot wollen wir nicht abwarten. Unser Ziel ist es schon jetzt, dass im Einklang mit ausreichend Hortplätzen eine Nachmittagsbetreuung bei den Familien, die diese Betreuung wünschen, sichergestellt ist. Die Ausweitung der Angebote der offenen Ganztagschulen sehen wir als Zwischenschritt auf dem Weg zu mindestens einer Grundschule, die als gebundene Ganztagschule in Reinbek das schulische Angebot abrundet. Die offenen Ganztagschulen werden durch die Landespolitik noch nicht ausreichend finanziell gefördert, hier setzen wir uns gemeinsam mit unserer Landtagsfraktion für eine Änderung ein.

Die gerade begonnene Weiterqualifizierung des Betreuungspersonals an den offenen Ganztagschulen wollen wir weiter unterstützen.

Bereits jetzt sind Raum- und Personalbedarfe für die offenen Ganztagschulen in Hinblick auf die ab 2026 einsetzende gesetzliche Verpflichtung zur Betreuung am Nachmittag zu planen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Räume im Laufe des Tages durchaus unterschiedlich genutzt werden können.

Neue Möglichkeiten im Schulzentrum intensiv nutzen und bewahren!

Mit unserer Unterstützung wurde am Mühlenredder ein neues Schulzentrum errichtet, das landesweit Maßstäbe setzt. Ein schöner Erfolg, der zeigt, dass Großartiges möglich ist, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen und sich durch Stürme

- 14 -

nicht aus dem Konzept bringen lassen. Nun gilt es für Schüler, Eltern und Lehrer die mit diesem Schulgebäude gegebenen Möglichkeiten für beste Bildung zu nutzen. Wir werden diesen Weg unterstützen und wünschen uns einen wertschätzenden Umgang mit den anvertrauten Werten, um diese für viele Jahre zu erhalten.

Auch beim Sachsenwald-Gymnasium unter den vorhandenen Rahmenbedingungen den bestmöglichen Standard schaffen!

Die zusätzlichen Raumbedarfe durch die Umstellung auf G9 müssen nach Auffassung der Reinbeker Liberalen den Anforderungen an eine zeitgemäße Lernumgebung Rechnung tragen. Die Reinbeker Schullandschaft benötigt ein modern ausgestattetes Gymnasium. Die historische Bausubstanz soll dabei nach unserer Meinung eher Ansporn als Stolperstein für eine moderne und leistungsfähige Schule sein. In Reinbek sollen Eltern und Schüler die freie Wahl haben, auf welchem Weg das Abitur erreicht werden soll, eine ideologisch motivierte Kritik am Sachsenwald-Gymnasium verbietet sich aus unserer Sicht.

Lehr- und Lernmittel zeitgemäß und passend zum Bedarf bereitstellen!

Alle Schulen sind bedarfsgerecht mit ausreichend Lehr- und Lernmitteln auszustatten.

Die in den letzten Jahren begonnene Digitalisierung des Unterrichts wollen wir wo sinnvoll anwendbar weiter vorantreiben. Dazu ist die Ausstattung mit IT-Netzwerken, Hardware und Software in allen Schulen auf einen zeitgemäßen Stand zu bringen. Doch mit der Bereitstellung von Hard- und Software ist es nicht getan, die Schulen benötigen zur Verwaltung von Hard- und Software eine fachliche Unterstützung, bei IT-Problemen muss Hilfe schnell verfügbar sein. Wir setzen daher dafür ein, dass in der Stadtverwaltung entsprechend qualifiziertes Personal für die Schul-IT zur Verfügung steht.

Private Initiativen zur Ergänzung der Lernmittel, z.B. durch Eltern und Schulvereine unterstützen wir.

Bausubstanz der vorhandenen Schulbauten weiter erhalten und erneuern!

In den zurückliegenden Jahren konnte der Investitionsstau zur Erhaltung der Bausubstanz an den Reinbeker Schulen mit liberaler Unterstützung nennenswert abgebaut werden. Diesen Weg wollen wir weiter gehen.

Infolge konstanter Schülerzahlen in den kommenden Jahren liegt der zukünftige Schwerpunkt nicht mehr auf der Schaffung neuer Raumkapazitäten, sondern in der Qualitätsverbesserung der vorhandenen Räumlichkeiten. An den Grundschulen ist frühzeitig zu prüfen welche baulichen Maßnahmen erforderlich sind, um eine umfassende Nachmittagsbetreuung einschließlich Verpflegung sicher zu stellen.

- 15 -

Wir setzen uns dafür ein, dass der leider ins Stocken geratene barrierefreie Ausbau der Grundschule Klosterbergen endlich vorangetrieben wird.

Die Erneuerung der Grundschule Neuschönningstedt in den nächsten Jahren wird von uns unterstützt.

Schulsozialarbeit mit finanzieller Unterstützung des Landes weiter fördern!

Inzwischen wurde, finanziert aus dem Haushalt der Stadt Reinbek, an allen Reinbeker Schulen mit unserer Unterstützung eine Schulsozialarbeit etabliert. Diese leistet wertvolle Unterstützung in schwierigen Lebensphasen unserer Kinder. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulsozialarbeit weiterhin gefördert wird und die Finanzierung langfristig aus Landesmitteln erfolgt. Die Mitarbeiter der Schulsozialarbeit sind ebenso wie das Lehrpersonal pädagogische Fachkräfte. Die Finanzierung des pädagogischen Personals ist Aufgabe des Landes.

Zentrales Beratungsangebot für Familien, Senioren und Menschen in besonderen Lebenslagen!

Jeder Mensch kann in eine Lebenssituation kommen, die innerhalb der Familie oder im Freundeskreis nicht mehr lösbar ist. In diesem Falle ist professionelle Beratung und Hilfe wichtig. Es gibt in Reinbek bereits zahlreiche Beratungsangebote für unterschiedliche Lebenssituationen. Was fehlt ist eine zentrale Anlaufstelle, an die man sich wenden kann und die einen Überblick über Hilfs- und Beratungsangebote gibt, die innerhalb oder außerhalb Reinbeks zur Verfügung stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine solche zentrale Beratungsstelle in Reinbek geschaffen wird. Egal ob eine Familie mit Erziehungsfragen, ein Mensch, der in finanzieller Notlage ist, oder ein Senior, der seine Wohnung barrierefrei gestalten will, all diese Menschen finden in der zentralen Beratungsstelle erste Hilfe und Unterstützung. Gerade in schwierigen Lebenssituationen muss der Zugang zu Hilfe einfach gestaltet sein. Die oft langwierige Suche nach dem passenden Beratungs- und Hilfsangebot wollen wir für die Zukunft abstellen.

Senioren:

Angebote für Senioren fördern und ausbauen!

Senioren stellen einen großen Bevölkerungsanteil in Reinbek. Initiativen, das Angebot für Senioren in Reinbek zu verbessern, wollen wir unterstützen. Das Jürgen-Rickertsen-Haus als Seniorentreff hat sich etabliert und ist zu einem festen Bestandteil der Seniorenarbeit in Reinbek geworden. Seniorengerechte Sport- und

- 16 -

Bewegungsangebote wollen wir ebenso wie die Einrichtung eines ambulanten Reha-Zentrums in Reinbek fördern. Die Fußwege zum Seniorentreff sind teilweise beschwerlich, hier setzen wir uns für eine Verbesserung ein. Die Informationsmöglichkeit über die reichhaltigen Veranstaltungsangebote in Reinbek wollen wir durch einen umfassenden Veranstaltungskalender im Internet und eine zentrale Anlaufstelle bei der Stadt Reinbek verbessern.

Umfassendes Konzept zum selbstbestimmten Leben im Alter erarbeiten!

Um weitere Verbesserungen bei der Seniorenbetreuung zu erzielen, setzen wir uns dafür ein, dass ein Konzept zum selbstbestimmten Leben im Alter für alle Reinbeker Stadtteile erarbeitet wird. Generationenübergreifende Ideen in den vorhandenen Wohnquartieren sollen dabei Vorrang genießen. In der Seniorenbetreuung vor Allem auf den Neubau von Seniorenresidenzen oder Seniorenwohnungen in Retorte-Stadtteilen auf der grünen Wiese zu setzen, halten wir für den falschen Weg.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Wunsch der Senioren, möglichst in den eigenen vier Wänden betreut zu werden, im Mittelpunkt eines solchen Konzeptes steht. Stadtteilbezogene Konzepte, wollen wir innerhalb der vorhandenen Wohnquartiere gemeinsam mit den betroffenen Bewohnern und Immobilienbesitzern Wirklichkeit werden lassen. Erste Ideen dazu wurden im fraktionsübergreifenden Arbeitskreis Leben und Wohnen im Alter erarbeitet. Diese gilt es zügig auf den Weg zu bringen. Wir halten eine zentrale Anlaufstelle, die Menschen mit unterschiedlichen Wohnbedürfnissen zusammenführt, für erforderlich. Die rüstige Seniorin, in ihrem zu groß gewordenen Einfamilienhaus und die junge Familie auf der Suche nach Wohnraum wollen wir zusammenbringen. Daraus können sich ganz neue Wohnkonstellationen entwickeln. Das bereits im Abschnitt Stadtentwicklung beschriebene „Netzwerk Wohnen“ für Reinbek kann hier wertvolle Hilfe leisten. Diese zentrale Anlaufstelle sollte Bestandteil des zentralen Beratungsangebotes für Menschen in besonderen Lebenslagen sein.

Menschen mit Behinderung:

Lebensqualität durch Barrierefreiheit steigern!

Reinbeker Bürger und Besucher, die durch Behinderungen eingeschränkt sind, werden durch mangelnde Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und Gebäuden unnötig in ihrer Lebensqualität beschnitten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass mit offenen Augen und offenem Herzen die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung wahrgenommen werden. Öffentliche Einrichtungen und Gebäude sind barrierefrei zu gestalten, dies ist in vielen Fällen mit einfachen kostengünstigen Maßnahmen zu erreichen. Die Umsetzung der Barrierefreiheit im ÖPNV wollen wir weiter aktiv begleiten und dabei gemeinsam mit den Betroffenen agieren.

- 17 -

Die Bedürfnisse von Senioren und Menschen mit Behinderungen sind oft deckungsgleich. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass für die bestehenden Wohnquartiere in Reinbek ein Konzept zum selbstbestimmten Leben im Alter erarbeitet wird, dass auch die Bedürfnisse behinderter Menschen berücksichtigt.

Reinbek verfügt über zahlreiche Wegeverbindungen für Fußgänger innerhalb der Stadtteile und auch zwischen den Stadtteilen. Leider fehlt es oft noch an Möglichkeiten zu verweilen oder sich nach längerem Marsch auszuruhen, wir setzen uns daher dafür ein, dass die Zahl der Parkbänke an den wichtigsten Wegeverbindungen deutlich erhöht wird und vorhandene Parkbänke regelmäßig auf Ihren Zustand geprüft werden.

Das rundum erneuerte Schulzentrum am Mühlenredder setzt auch im Punkt der Barrierefreiheit Maßstäbe, die für uns Ansporn sind, diese Aufgabe mit Elan zu verfolgen. Der Ausbau der Grundschule Klosterbergen zur ersten barrierefreien Grundschule in Reinbek ist leider in den letzten Jahren bei vielen Akteuren in Vergessenheit geraten. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Konzept in der kommenden Wahlperiode wieder fortgeführt wird.

Die Arbeit des Behindertenbeirates wollen wir wie bisher mit allen Kräften unterstützen.

Soziales:

Nachhaltigkeitsziele durch konkrete Maßnahmen verfolgen!

Die Reinbeker Stadtverordnetenversammlung hat am 24. Februar 2022 im Rahmen des Armutsberichtes erstmals konkrete Nachhaltigkeitsziele für Reinbek beschlossen. Diese orientieren sich an den 17 durch die Vereinten Nationen ermittelten Handlungsfeldern. Die für Reinbek beschlossenen Ziele wurden in einer Arbeitsgruppe erarbeitet die maßgeblich von den Ideen und Engagement der Reinbeker Liberalen geprägt war. Wir setzen uns dafür ein, dass die vereinbarten Ziele nun durch konkrete Maßnahmen begleitet und erreicht werden.

Uneingeschränkte Unterstützung auch für privates soziales Engagement!

Um auch in Zukunft den Bürgern eine menschenwürdige Existenz in allen Lebenslagen zu ermöglichen, wird als Ergänzung zu staatlichen Leistungen das private ehrenamtliche Engagement einen noch höheren Stellenwert erhalten. Die sich dramatisch entwickelnde Veränderung der Altersstruktur wird die Gesellschaft ohne ehrenamtliches Engagement vor fast unlösbare Aufgaben stellen. Initiativen wie z. B. der ambulante Hospizdienst oder das Projekt „Kids in the Clubs“ zeigen die positive Wirkung privaten Engagements für unser Gemeinwesen. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Initiativen die notwendige Unterstützung erhalten und in ihren Aktivitäten nicht unnötig beschnitten werden.

Menschlicher Umgang mit sozial Bedürftigen!

Die finanzielle Unterstützung für Bedürftige ist gesetzlich geregelt, hier kann die Kommunalpolitik wenig Einfluss nehmen. Auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein, ist aus unserer Sicht schon eine große Belastung für die betroffenen Personen. Der Umgang unserer Verwaltung in Wort und Schrift mit diesem Personenkreis sollte daher in der Sache verständlich und zugleich menschlich gestaltet sein.

Eigene städtische Regelungen im sozialen Bereich sind regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen, um den dynamischen Entwicklungen auch in diesem Bereich zeitnah zu folgen.

Flucht, Migration, Einwanderung.

Die grundsätzlichen Weichenstellungen zum Thema Flucht, Asyl und Einwanderung erfolgen auf Bundesebene. Aus unserer Sicht sollten die Themen demografisch erforderliche Einwanderung auf der einen Seite sowie Flucht bzw. Asyl auf der anderen Seite deutlicher voneinander getrennt werden. Die gesteuerte und demografisch erforderliche Einwanderung ist in einem Einwanderungsgesetz zu regeln. Für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern gibt es bereits gesetzliche Regelungen, dieser Bereich hat allerdings nichts mit gesteuerter Einwanderung zu tun, da Kriegsflüchtlinge nach Wegfall des Fluchtgrundes in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren. Gleichwohl ist gut integrierten Flüchtlingen auch die Chance zum dauerhaften Aufenthalt zu gewähren.

Dies vorausgeschickt, ist es Aufgabe der Stadt Reinbek, jedem hilfebedürftigen Menschen, der sich in Reinbek aus welchem Grund auch immer aufhält, eine menschenwürdige Behandlung und Unterbringung zukommen zu lassen. Dabei spielt die Herkunft ebenso wenig eine Rolle wie Geschlecht, Glaube, Alter oder irgendeine andere Eigenschaft.

Von diesem Grundsatz, der ein Hauptelement der liberalen Idee darstellt, haben und werden wir uns leiten lassen.

Unterkünfte für Flüchtlinge mit Weitblick planen, Potential der bereits bestehenden Wohnquartiere nutzen!

Durch den Krieg in der Ukraine haben sich auch in Reinbek zum Thema Flucht und Asyl dringende Handlungsbedarfe ergeben. Die Reinbeker Liberalen setzen sich dafür ein, dass obdachlose Flüchtlinge dezentral in möglichst kleinen überschaubaren Einheiten untergebracht werden. Zukünftige Unterkünfte sollten so gestaltet werden, dass eine langfristige Nutzung als Wohnraum möglich ist. Ergänzend setzen wir uns dafür ein, dass Flüchtlinge und Asylbewerber, die seit Jahren in Reinbek leben, durch

- 19 -

verstärkte Zusammenarbeit der Stadt mit der Immobilienwirtschaft regulären bereits bestehenden Wohnraum nutzen können.

Die großartige Hilfsbereitschaft, mit der Flüchtlinge aus der Ukraine in privaten Unterkünften aufgenommen wurden, hat uns wieder einmal vor Augen geführt, dass allein staatliches Handeln nicht alles regeln kann. Wir bedanken uns daher an dieser Stelle bei allen Reinbekern, die teilweise seit vielen Jahren ehrenamtlich Flüchtlinge und Asylbewerber betreuen oder aktuell Wohnraum zur Verfügung gestellt haben.

Möglichkeiten des Wohnbauförderungsgesetzes im bereits vorhandenen Wohnungsbestand nutzen!

Es ist sinnvoll, entsprechend dem im Kapitel Stadtentwicklung beschriebenen Wohnraumkonzept geförderten Wohnraum und Belegungsrechte in bereits bestehenden Wohnungen zu schaffen. Das Wohnbauförderungsgesetz sieht diese Möglichkeit explizit vor. Sowohl wohnungssuchende Reinbeker mit kleinem Einkommen als auch Flüchtlinge und Asylbewerber erhalten so einen leichteren Zugang zum regulären Wohnungsmarkt.

3. Jugend, Sport und Kultur

Jugend:

Zusätzliche und attraktivere Angebote für Reinbeks Jugend schaffen!

Die Jugendtreffs sind im bisherigen Umfang verteilt über das Stadtgebiet zu erhalten. Der Treff am Täby-Platz muss dringend saniert oder neu gebaut werden, um attraktiv zu bleiben. Zusätzliche Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene durch private Initiativen oder gemeinnützige Institutionen und Verbände (z. B. Kirche, DRK) unterstützen wir ausdrücklich. Eine Kletterhalle oder ein Musikclub im Gewerbegebiet wären für uns denkbar. Bewegung und Sport sind für Jugendliche besonders wichtig. Deshalb soll auch weiter der Jugendsport in den Vereinen von der Stadt unterstützt werden. Spiel- und Bewegungsflächen im Stadtgebiet sollen mit Beteiligung der Jugendlichen auch nach modernen Trends attraktiv umgestaltet werden.

Sport:

Vereine fördern, neue Sportstätten schaffen!

Gerade in unserer heutigen Zeit, geprägt von vielen digitalen aber häufig sitzenden Tätigkeiten kommt der körperlichen Bewegung durch Sport als Gesundheitsprophylaxe eine ganz entscheidende Bedeutung zu. Sport wirkt integrativ und stärkt zudem das Zusammengehörigkeitsgefühl und soziale Kompetenzen.

- 20 -

Unsere Reinbeker Sportvereine leisten gerade im Kinder- und Jugendbereich sehr wertvolle Arbeit. Voraussetzung dafür sind bedarfsgerechte moderne Sportstätten. Wir freuen uns deshalb besonders, dass unser Vorschlag, den alten Grandplatz der TSV Reinbek durch einen ganzjährig bespielbaren Kunstrasenplatz zu ersetzen, umgesetzt wurde. Die Sanierung des Sportzentrums ist ebenfalls erfolgt. Bei den vorhandenen Sporthallen besteht weiter ein Sanierungsbedarf, der abgearbeitet werden muss, auch um die Klimabilanz zu verbessern und die Energiekosten zu senken. Die Ausstattungen sollen auf einen aktuellen Stand gebracht werden.

Wir haben gerade im Norden Reinbeks zu wenige Sportstätten, vor allem Hallenkapazitäten. Auch auf unsere Initiative hin wurde deshalb beschlossen, zwischen Neuschönningstedt und Ohe eine neue Sportanlage Nord unter anderem mit einer neuen Dreifeldhalle zu errichten. Die Planungen müssen nun zügig vorangehen, um einen Umzug des FC Voran Ohe schnell zu ermöglichen. Wir setzen uns auf dem Gelände außerdem für den Bau einer bewegungsorientierten Kindertagesstätte ein. Die Finanzierung der neuen Sportanlage könnte teilweise durch die Verwertung des freiwerdenden jetzigen Sportgeländes in Ohe sichergestellt werden. Eine Bebauung darf hier aus unserer Sicht nur moderat und mit Rücksicht auf die im Ort übliche Bebauung erfolgen. Die betroffenen Anwohner wollen wir von Beginn an in den weiteren Prozess einbinden.

Das Freizeitbad ist für unsere Stadt von großer Bedeutung. Vor allem der Schul- und Vereinssport soll hier weiter seinen Platz haben. Das Erlernen des Schwimmens insbesondere für Kinder ist sehr wichtig. Hier sollte geprüft werden, wie die Kapazitäten auch durch Kooperationen erweitert werden können. Der Betrieb des Freizeitbades konnte durch das neue Betriebskonzept auf eine finanziell tragbare Basis gestellt werden. Durch stark steigende Energiepreise und eine veränderte Konkurrenzsituation sollte dieses Konzept neu justiert werden. Basis dafür ist die sportorientierte Nutzung des Freizeitbades.

Der Tonteich bietet ein in der Region einzigartiges und naturnahes Baderlebnis. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass dieses Kleinod durch ehrenamtliches Engagement der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Erholungsmöglichkeit ebenso wie das Freizeitbad Reinbek auch in Zukunft erhalten bleibt.

Kultur:

Der neu organisierte Kulturbetrieb hat sich bewährt!

Ein reichhaltiges Kulturangebot für Reinbeks Bürger ist wünschenswert. Es steht naturgemäß in Konkurrenz zum großen Kulturangebot der Hansestadt Hamburg, das nicht weit entfernt ist.

Das maßgeblich von den Reinbeker Liberalen mitgestaltete neue Konzept zum Kulturbetrieb in Reinbek hat die Erwartungen voll erfüllt. Es war richtig, das zu große

- 21 -

Sachsenwaldforum nicht mehr zu nutzen und stattdessen das Reinbeker Schloss als Zentrum der kulturellen Aktivitäten zu entwickeln und so einem lebendigen Mittelpunkt der Stadt mit vielen Ausstellungen, Konzerten und Märkten zu schaffen.

Das Ziel, die früher sehr hohen jährlichen Subventionen in Reinbeks Kulturbetrieb ohne Verlust an Lebensqualität für Reinbeks Bürger deutlich zu reduzieren, wurde erreicht.

Das kulturelle Angebot für das Schloss und die Begegnungsstätte (BeGe) in Neuschönningstedt soll auch gerne in Kooperation mit dem Kreis Stormarn weiterentwickelt werden. Es sollte für alle Altersgruppen attraktiv sein.

Der Reinbeker Weihnachtsmarkt soll erhalten bleiben. Das Konzept kann gerne angepasst werden, sollte allerdings weiter kostenfrei für die Besucher sein.

Das Kulturprogramm der Begegnungsstätte (BeGe) in Neuschönningstedt sollte weiter gepflegt werden. Eine Renovierung und energetische Sanierung der Begegnungsstätte halten wir für überfällig.

Private Initiativen im Kulturbereich unterstützen!

Private Initiativen, weitere kulturelle Angebote insbesondere auch für Reinbeks Jugend zu schaffen, unterstützen wir. In diesem Zusammenhang begrüßen wir es ausdrücklich, wenn durch privates Engagement weiterhin Aufführungen im Sachsenwaldforum ermöglicht werden. Wir haben kein Problem mit Konzerten in Gaststätten oder im Gewerbegebiet. Aufgabe der Verwaltung ist es, hier bei rechtlichen Problemen Wege zur Umsetzung aufzuzeigen.

Volkshochschule weiter entwickeln!

Die Reinbeker Volkshochschule (VHS) ist der zentrale Ort der städtischen Erwachsenenbildung. Die räumliche Situation ist nicht befriedigend. Das VHS-Gebäude wird von der Sachsenwaldschule mitgenutzt und viele Kurse finden an Orten statt, die für den Kurszweck nur bedingt geeignet sind. Es braucht eine langfristige Lösung. Wir unterstützen deshalb Pläne, VHS und Stadtbibliothek in Zukunft räumlich zusammen zu führen. Das würde das Angebot beider Institutionen attraktiver machen und echte Synergien schaffen.

Wir setzen uns für eine Erwachsenenbildung für alle ein. Jeder soll das zahlen, was er kann und Ermäßigungen soll es selbstverständlich für all diejenigen geben, die es brauchen. Auf unser langjähriges Drängen hin wurde in der VHS eine Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt. Dadurch gibt es nun endlich mehr Transparenz, was für Gebühren für welche Kurse bei welcher Nachfrage erhoben werden müssen. Anhand dieser Rechnung sollten die Gebühren mindestens alle zwei Jahre überprüft und angepasst werden, genauso wie die Honorare der Dozenten. Nur so kann die VHS sich qualitativ weiter entwickeln und der städtische Zuschuss in Grenzen gehalten werden.

- 22 -

Die Durchführung von Integrationskursen unterstützen wir ausdrücklich. Dadurch wird nicht nur das Angebotsspektrum der Volkshochschule erweitert, sondern auch die Einnahmeseite auf eine breitere Basis gestellt.

Das Angebot der VHS bietet im Vergleich zu anderen Kommunen noch ein großes Entwicklungspotential. Insbesondere sollte das Programm für alle Altersgruppen attraktiv sein.

Stadtbibliothek als Ort der Begegnung!

Unsere Stadtbibliothek hat sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Um zu einem echten Ort der Begegnung (dritter Ort) für Reinbeks Bürger zu werden, fehlt es räumlich an Platz. Hier würde eine Zusammenlegung an einem neuen Standort mit der VHS großen Sinn machen. Dann könnten Räume von beiden Institutionen für Kurse aber auch Veranstaltungen gemeinsam genutzt werden. Die Stadtbibliothek könnte dann ihr Spektrum an Kooperationen mit Schulen, Vereinen und anderen Initiativen noch deutlich ausbauen.

4. Umwelt und Verkehr

Klimaschutzprogramm gemeinsam mit den Bürgern mit Leben füllen!

Mit Unterstützung der Reinbeker Liberalen und unter Einbindung vieler Bürger wurde ein Klimaschutzprogramm im Jahr 2015 für Reinbek erstellt. Auch wenn es erneut einer Überarbeitung des Klimaschutzprogramms bedarf, heißt es handeln. Im Kleinen wie im Großen. Die Stadt kann mit ihren Einrichtungen selbst bei optimaler Gestaltung nur einen sehr geringen Beitrag zum Klimaschutz leisten, aber eine Vorbildfunktion einnehmen. Die mit Abstand größten Effekte entstehen, wenn Reinbeks Bürger und Unternehmen Klimaschutzmaßnahmen umsetzen. Die Aufklärung, Motivation und Beratung von Bürgern und Unternehmen, die auf freiwilliger Basis tätig werden wollen, auch über mögliche Förderungen, sehen wir als wesentliche Aufgabe des städtischen Klimaschutzmanagers.

Gesamtbilanz von Umweltmaßnahmen sachlich abwägen!

Ziel unserer Umweltpolitik ist eine Abkehr von werbewirksamen Schlagwortprojekten hin zu Projekten, die unter Berücksichtigung des gesamten Lebenszyklus eine Verbesserung der Umweltsituation erreichen. Die gefassten Beschlüsse zu der Ausweisung einer CO₂ Bilanz für städtische Gebäude und die Hinterlegung der relevanten Daten für Haushaltsentscheidungen sind verwaltungsseitig umzusetzen.

Wirkungsvolles Energiemanagement für Reinbeks Gebäude!

Die im Besitz der Stadt Reinbek befindlichen Gebäude und Einrichtungen sind unter Berücksichtigung des o.g. ganzheitlichen Grundsatzes zu modernisieren. Nach der

- 23 -

Erneuerung der Straßenbeleuchtung, der Erneuerung der Heizanlage in den Gebäuden des städtischen Betriebshofes und der Sanierung der Gemeinschaftsschule sind nun die nächsten städtischen Einrichtungen energetisch zu optimieren. Dabei gilt es durch Synergieeffekte Ressourcen zu schonen, sowohl bei der Erstellung als auch im Betrieb. Potenziale zur Doppelnutzung von öffentlichen Gebäuden sind zu heben, Schreibtische können ebenso wie Klassenräume geteilt werden/zeitlich versetzt durch unterschiedliche Nutzer verwendet werden.

Wir vertrauen der Umweltverantwortung der Reinbeker Bürger!

Reinbeks Bürger haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass ihnen ein umweltgerechtes Handeln am Herzen liegt. Im Umweltbereich sind auf Bundes- und Landesebene ausreichende Regelungen getroffen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Stadt Reinbek keine zusätzlichen Vorschriften für Reinbeks Bürger schafft und auf deren Eigenverantwortung vertraut.

Wir sind überzeugt, dass Reinbeks Bürger z. B. mit dem Baumbestand auf ihren Grundstücken, der häufig noch von den Eltern und Großeltern gepflanzt wurde, verantwortungsvoll umgehen.

Fußgänger und Fahrradfahrer, ein Ziel und unterschiedliche Bedürfnisse!

Sowohl Fußgänger als auch Radfahrer erreichen ihr Ziel in Reinbek ohne motorisierte Unterstützung. Dabei haben sie unterschiedliche Bedürfnisse, die im Sinne eines öffentlichen Raumes als „Shared Space“ in Einklang gebracht werden müssen. Die zahlreichen Beschlüsse zur Verbesserung der Situation von nicht motorisierten Verkehrsteilnehmern wie Abbau von Barrieren, Anbringung von Markierungen und Konzeptentwicklungen zu Fahrradstraßen und Einbahnregelungen müssen endlich umgesetzt werden.

Lokale Energieerzeugergemeinschaften unterstützen!

Die Idee ist simpel und der Gesetzgeber lässt es mittlerweile zu. Bürger können sich lokal zu Energieerzeugergemeinschaften zusammenschließen und so erzeugte Energie lokal nutzen. Wir begleiten Ideen dazu in Reinbek positiv!

Keine Neuausweisung von großflächigen Wohnbaugebieten!

Die vorhandenen Baugebiete und weitere, bereits jetzt zur Bebauung vorgesehene Flächen, sind für eine gesunde Entwicklung Reinbeks ausreichend. Die Umwidmung bisher nicht zur Bebauung vorgesehener Flächen für großflächigen Wohnungsbau lehnen wir zur Vermeidung der Versiegelung ab. Dies deckt sich mit den Aussagen des einstimmig verabschiedeten Leitbildes der Stadt Reinbek.

- 24 -

Katastrophenvorsorge betreiben, um Klimaveränderungen Rechnung zu tragen!

Ob Starkregen, Sturm oder Hitze und Trockenheit, die Stadt Reinbek muss sich den Herausforderungen stellen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Grünflächen in der Stadt vernetzt werden, Bäume für benötigte Beschattung im öffentlichen Raum sorgen und geeignete Maßnahmen getroffen werden, um Starkregenereignissen besser Rechnung zu tragen. Dabei gilt es, nicht nur das Wasser abzuleiten, sondern vielmehr zu speichern und langsam wieder in den Kreislauf zurückzuführen. Wo es bei Baumaßnahmen sinnvoll umsetzbar ist, sollte der öffentliche Raum gezielt zur „Schwammstadt“ umgestaltet werden. Machen wir gemeinsam Reinbek klimaresistent!

Pflege der Grünanlagen prüf- und nachvollziehbar gestalten!

Um eine den örtlichen Gegebenheiten gerecht werdende Pflege der städtischen Grünanlagen zu erreichen, setzen wir uns für einen Leistungskatalog mit klar definierten Pflegestandards für die jeweiligen Grünanlagen ein. Dieser Leistungskatalog kann auch Grundlage sein, um andere Wege als bisher bei der Pflege der städtischen Grünanlagen zu gehen. Die Zahl der öffentlichen Papier- und Abfallkörbe ist dort - wo sinnvoll - zu erhöhen. Elektronische Lösungen zur Entleerung nach Bedarf unterstützen wir.

Verkehrsleitplanung für das gemeinsame Mittelzentrum!

Es besteht der dringende Bedarf für eine umfassende Verkehrsleitplanung für Reinbek und seine Nachbarkommunen, bei der folgende Aspekte besondere Berücksichtigung finden:

- ❖ Gleichberechtigtes Nebeneinander von ÖPNV, Individualverkehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr
- ❖ Innerörtliche Einkaufsmöglichkeiten
- ❖ Steuerung der Verkehrsströme, insbesondere Schwerlastverkehr
- ❖ Ampelschaltungen, die an die Verkehrsströme angepasst sind
- ❖ Kreisverkehr hat Vorrang vor Ampelregelung
- ❖ Steuerung des ruhenden Verkehrs

Nur mit einer solchen Verkehrsleitplanung lassen sich Verkehrsströme sinnvoll lenken. Ohne eine belastbare Verkehrsleitplanung lassen sich wünschenswerte Projekte, wie z. B. eine Ortsumgehung für Schönningstedt, nicht gegenüber Land und Bund durchsetzen.

Ein wesentlicher Aspekt für die zukünftige Verkehrsentwicklung ist die Wohnbauflächenentwicklung. Da viele Reinbeker Verkehrsadern insbesondere in den Stoßzeiten schon jetzt überlastet sind, ist es aus unserer Sicht sinnvoll, die aktuelle

- 25 -

Einwohnerzahl Reinbeks annähernd konstant zu halten. Weitere große Neubaugebiete würden unweigerlich zum Verkehrskollaps führen.

Sanierung der Straßen und dabei diese für alle Nutzer optimieren!

Reinbeks Straßen sind oft in keinem guten Zustand. Wir haben gemeinsam mit der Verwaltung in den letzten Jahren begonnen, die Mittel für die Sanierung und Instandhaltung unserer Straßen deutlich zu erhöhen und gleichzeitig einen Sanierungsplan mit Prioritätenfolge aufzustellen, der regelmäßig aktualisiert wird. Unser Ziel ist es, Reinbeks Straßen im Rahmen der verfügbaren Finanzmittel in einen guten Zustand zu versetzen und zu erhalten. Dabei ist der Verkehrsentwicklung Rechnung zu tragen, um eine Lösung zu schaffen, die allen Verkehrsteilnehmern, Fußgänger, Radfahrer und motorisierte Teilnehmer, gerecht wird. Da der öffentliche Raum für Verkehrswege begrenzt ist, gilt es tragbare Kompromisse für alle Beteiligten zu finden, neben den aktiven Verkehrsteilnehmern gehören für uns Anwohner und ansässige Gewerbetreibende dazu.

ÖPNV stärken und ausbauen!

Der ÖPNV ist dem Bedarf angepasst zu optimieren. Um die Gemeinsamkeiten Reinbeks zu stärken, sind insbesondere die Verbindungen zwischen den Stadtteilen zu verbessern. Für Reinbeks Jugend ist es wichtig, dass ÖPNV-Angebote den veränderten Lebensgewohnheiten angepasst werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die S-Bahn von Reinbek häufiger und zuverlässiger alle 10 Minuten fährt. Der Stadtteil Krabbenkamp ist durch eine Erweiterung des Hamburger Tarifgebietes, mit den anderen Reinbeker Stadtteilen gleich zu stellen. ÖPNV ist heute mehr als Bus und Bahn, Car-Sharing, Sammeltaxen, Mieträder oder andere Mobilitätsangebote können eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV Angebotes u.a. auf der „letzten“ Meile sein. Aktivitäten und Ideen zu diesen Angeboten werden wir weiterhin unterstützen.

5. Daseinsvorsorge, Verwaltung, Bürgerservice und Finanzen

Verwaltungsstruktur optimieren, Potentiale nutzen!

Die Zahl der Verwaltungsstellen hat sich nach mehreren Umstrukturierungen unter Herrn Bürgermeister Warmer von 202 Stellen im Jahr 2015 auf knapp 247 Stellen im Jahr 2022 erhöht. Ein Teil dieser zusätzlichen Stellen erklärt sich durch die gestiegene Einwohnerzahl Reinbeks und den neu geschaffenen Bereich zur Unterstützung der Schul-IT. Gestützt durch eine Modernisierung der Abläufe im Bürgerbüro und zusätzliches Personal haben sich hier Verbesserungen im Service ergeben. Doch nicht überall läuft es rund in der Verwaltung und auch hier macht sich der Mangel an

- 26 -

Fachkräften bemerkbar. Effektive Verwaltungsarbeit steht und fällt mit der Motivation der Mitarbeiter. Die Struktur der Verwaltung ist daher weiter mit dem Ziel einer möglichst großen Eigenverantwortung zu optimieren. Die Bezahlung der Mitarbeiter sollte sich zu einem gewissen Anteil an der Leistung orientieren. Die einzelnen Aufgaben sind zu hinterfragen. Eine vorurteilsfreie Prüfung, welche Leistungen die Stadt erbringen muss und welche Leistungen besser durch andere erbracht werden, wollen wir unterstützen. Dabei ist jeder Einzelfall zu durchleuchten. Ein Generalrezept, ob staatliches oder privates Handeln den Bedürfnissen des Bürgers besser gerecht wird, gibt es nicht.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Potentiale, die in einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen liegen, auch genutzt werden. Der Bürgerservice vor Ort darf darunter nicht leiden.

Wir sind der Auffassung, dass die Möglichkeiten der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung noch stärker genutzt werden müssen, ohne die Menschen zu vernachlässigen, die solche Angebote nicht wahrnehmen können oder wollen.

Staaten wie Estland zeigen auf allen Verwaltungsebenen, dass beim sogenannten „E-Government“ noch sehr viel Luft nach oben für Reinbek und Schleswig-Holstein besteht. Es sollte möglich sein, zum Beispiel einen Personalausweis Online zu beantragen.

Aus der Digitalisierung resultierende Veränderungen sind bei der Beurteilung der Mitarbeiteraufgaben zu berücksichtigen und für Einsparungen bzw. Übernahme von Aufgaben zu nutzen, wie wir sie an anderer Stelle in diesem Programm beschreiben. Hier sei die Umsetzung eines „Konzeptes für ein selbstbestimmtes Leben im Alter“ oder das „Netzwerk Wohnen“ erwähnt.

Verantwortungsvoll mit den anvertrauten Steuergeldern umgehen!

Die Stadt Reinbek kann seit vielen Jahren auf weit überdurchschnittliche Steuereinnahmen insbesondere bei den Gewerbesteuern zurückblicken. Trotz hoher finanzieller Belastungen durch zahlreiche Investitionen konnten die Ergebnishaushalte der letzten Jahre jeweils mit einem Überschuss abschließen. Zur Finanzierung der Investitionen ist dennoch die Gesamtverschuldung auf mehr als 30 Mio. € zum Ende 2022 gestiegen. Daher ist es geboten, alle Ausgaben und organisatorischen Abläufe immer wieder kritisch zu hinterfragen. Mit den anvertrauten Steuergeldern wollen wir wie bisher verantwortungsvoll umgehen. Dem Hang einiger politischer Wettbewerber, in Anbetracht einer guten finanziellen Situation immer neue dauerhafte Ausgaben selbst vorzuschlagen oder unkritisch durchzuwinken, werden wir uns entgegenstellen. Vor dem Hintergrund steigender Zinsen setzen wir uns dafür ein, die Verschuldung der Stadt nicht weiter wachsen zu lassen.

Unser Ziel ist es, dauerhaft einen Haushalt für die Stadt Reinbek aufzustellen, der im Ergebnisplan alle Ausgaben einschließlich Belastungen aus Investitionen abbildet und

- 27 -

mit einem Überschuss abschließt. Diese Überschüsse führen dann zu einem Abbau der Schulden und sorgen dafür, dass wir künftige Generationen nicht mit den Folgen unseres heutigen Konsums belasten.

Im Rahmen dieses Programms werden Sie an vielen Stellen weitere Vorschläge zu einer Verbesserung der Ausgabenstruktur erkennen. Wir werden uns grundsätzlich dafür einsetzen, dass der Haushalt nicht nur aufgestellt, sondern als Führungs- und Steuerungsinstrument begriffen wird. Dazu sind eine Transparenz der Haushaltsansätze und eine ständige Kostenverfolgung mit Soll-Ist-Abgleich erforderlich. Grundvoraussetzung ist für uns eine Abkehr vom Denken in Haushaltsjahren hin zu einer projektbezogenen Haushaltssteuerung. Seit der letzten Kommunalwahl im Jahr 2018 erkennen wir hier deutliche Fortschritte im Handeln der hauptamtlichen Verwaltungsmitarbeiter. Wir werden wie bisher Mahner, aber auch Berater und Unterstützer sein, damit dieser Weg weiter beschritten werden kann.

Gewerbesteuereinnahmen durch vorausschauende Planung sichern!

Die Einnahmen aus Gewerbesteuern stellen mit mehr als 25,0 Mio. € im Jahr 2022 in Reinbek den größten Einnahmeposten dar. Diese Einnahmehöhe zu sichern oder sogar noch zu verbessern, ist für die Finanzen der Stadt Reinbek daher eine existentiell herausragende Aufgabe. Wir setzen uns für eine vorausschauende Planung möglicher zusätzlicher Gewerbeflächen ein, um auf die Bedürfnisse Reinbeker Betriebe flexibel reagieren zu können. Da die Potentiale für neue Gewerbeflächen in Reinbek stark begrenzt sind, kommt der Vermeidung von Leerstand in den vorhandenen Gewerbeflächen umso größere Bedeutung zu. Wir unterstützen daher eine verstärkte Moderation durch unsere Stelle für Wirtschaftsförderung, um das Netzwerk der einzelnen Akteure weiter zu verbessern und die Abwanderung von Gewerbebetrieben möglichst zu verhindern und freiwerdende Gewerbeflächen zügig neu zu belegen.

Vergabe- und Einkaufstätigkeiten transparent und kontrolliert gestalten, Fördermöglichkeiten nutzen!

Bei sämtlichen Aufträgen und Beschaffungen der Stadt Reinbek ist ein professionelles Vergabe- und Projektmanagement anzuwenden. Vergaben müssen die Möglichkeiten des Marktes nutzen. Dies fördert langfristig auch den Bestand und die Entwicklung der örtlichen Wirtschaft. Vergaben ohne Ausschreibung, egal in welchem Verwaltungsbereich, müssen die absolute Ausnahme werden. Entscheidungen für Investitionen müssen so frühzeitig fallen, dass genügend Zeit zur Projektvorbereitung und Planung auf allen Verwaltungsebenen verbleibt. Dies bedingt auch eine fortlaufende Sichtung alterungsanfälliger Vermögensgegenstände, insbesondere im Immobilien- und Infrastrukturbereich.

- 28 -

Öffentliche Fördermittel auf EU-Ebene, Bundes- oder Landesebene sind konsequent zu nutzen, um den eigenen Haushalt zu entlasten.

Mit der Intention, den technischen Standard zu verbessern und durch Bündelung Kosten einzusparen ist Reinbek seit einigen Jahren Mitglied im IT-Verbund Stormarn (ITV). Es ist festzuhalten, dass der ITV weder in Bezug auf die Kosten noch in Bezug auf Aufgabenentlastungen aktuell als Erfolgsmodell bezeichnet werden kann. Der Verbesserungs- und Umstrukturierungsprozess beim ITV ist nun mit unserer Unterstützung angestoßen. Wir werden die Aktivitäten weiterhin kritisch begleiten und erwarten von der Verwaltung, über andere Formen der IT-Organisation nachzudenken. Die Verwaltung ist personell so aufzustellen, dass man auf Augenhöhe mit dem ITV zusammenarbeiten kann. Eine mögliche Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen beim Thema IT ist ergebnisoffen zu prüfen.

Gemeinsames Mittelzentrum zum Nutzen aller entwickeln!

Reinbek bildet mit Glinde und Wentorf ein gemeinsames Mittelzentrum. Dadurch lassen sich konkurrierende und geldverschlingende Planungen vermeiden und gemeinsam eine Zukunftsstrategie entwickeln. Ein koordiniertes Vorgehen bei Beschaffungen oder die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen, technischen Anlagen und Ausstattungen führt für alle Gemeinden zu einer finanziellen Entlastung. Der Erfolg dieses Mittelzentrums steht und fällt mit der Bereitschaft aller Kommunen, nicht nur zu nehmen, sondern auch zu geben, sowie die Position der Partnergemeinde anzuhören und anzuerkennen. Eine gemeinsame Verkehrsplanung im Mittelzentrum und weiteren Kommunen ist überfällig, dafür werden wir uns weiter einsetzen. Aber auch die Einbeziehung der benachbarten Gemeinden Aumühle und Wohltorf sollte trotz Kreisgrenze intensiviert werden.

Sinnvolle Projekte fördern ist die Aufgabe der Stadt!

Ziel der Verwaltungstätigkeiten muss es in erster Linie sein, Wege aufzuzeigen, wie ein wünschenswertes Projekt umgesetzt werden kann. Nicht verhindern, sondern fördern ist als Grundregel anzuwenden.

Vorschriften und Satzungen vereinfachen oder abschaffen!

Vorschriften und Satzungen der Stadt Reinbek sind auf ihre Notwendigkeit hin zu durchforsten und ggf. zu streichen oder zu vereinfachen. Nicht jeder Schritt des Bürgers muss geregelt werden. Und die Mitarbeiter der Verwaltung erhalten so Freiräume für die wirklich wichtigen Arbeiten.

Neue Grundsteuer aufkommensneutral gestalten!

- 29 -

Dank unseres Einsatzes erhebt die Stadt Reinbek schon seit Jahren keine Anliegerbeiträge mehr, wenn Straßen und Wege erneuert werden. Ein schöner Erfolg, der zeigt, dass es sich lohnt für das Wohl der Bürger entschlossen einzutreten. Durch die jetzt laufende Reform der Grundsteuer, wird sich die bisherige Berechnungsgrundlage signifikant verändern. Darauf haben wir vor Ort keinen Einfluss. Allerdings ist weiterhin durch die Kommune der Grundsteuerhebesatz festzulegen. Bereits jetzt gibt es von politischen Wettbewerbern das Ansinnen, dies zu einer grundsätzlichen Erhöhung der Grundsteuer zu nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Hebesatz so gewählt wird, dass die Gesamtsumme der Grundsteuereinnahmen für Reinbek die bisherige Größenordnung nicht übersteigt. Aufgrund der veränderten Berechnungsmethode kann dies, auch wenn wir erfolgreich sind, dennoch bei einigen Immobilienbesitzern zu einer Erhöhung der Grundsteuer führen, bei anderen Immobilienbesitzern zu einer Senkung der Grundsteuer. Das können wir als Kommunalpolitik vor Ort nicht beeinflussen.

Gesicherte Wasserversorgung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen!

Trinkwasser ist ein Baustein der Daseinsvorsorge, der in öffentlicher Hand verbleiben sollte, auch um weiterhin stabile Preise zu gewährleisten. Gerade in diesen Zeiten wird dies deutlicher denn je. Für die solidarische Wassergemeinschaft Stormarn, in der die Stadt Reinbek Mitglied ist, erfolgt bei großer Zufriedenheit aller Kunden die Trinkwasserversorgung seit 1934 durch Hamburgwasser als kommunalem Wasserversorger. Leider setzt aktuell eine Mehrheit der anderen Fraktionen und unsere Stadtverwaltung diese bewährte Partnerschaft mit unklarem Ziel aufs Spiel. Der Vertrag mit Hamburgwasser ist gegen unseren Rat bereits vor einigen Jahren zum 31.03.2024 gekündigt worden. Mit dieser Kündigung sollte eine öffentliche Ausschreibung im Jahr 2023 ermöglicht werden, um einen neuen Konzessionsnehmer zu finden. Die schlechten Erfahrungen anderer Kommunen (an der Spitze Berlin) mit einer solchen Vorgehensweise werden ignoriert. Zur Erinnerung: In Berlin hat die Privatisierung der Wasserversorgung im Jahr 1999 zu stark steigenden Wasserpreisen bei schlechterem Service geführt, erst ein erfolgreicher Bürgerentscheid sorgte dafür, dass die Wasserversorgung in Berlin seit 2013 wieder in kommunaler Verantwortung liegt. Wir lehnen eine Ausschreibung der Wasserversorgung für Reinbek mit der Gefahr einer Privatisierung ab und setzen uns dafür ein, dass Reinbek auch nach dem 31.03.2024 Mitglied der Wassergemeinschaft Stormarn bleibt und dadurch die Wasserversorgung weiterhin in bewährten Händen liegt. Diesen Weg sind im Übrigen die Stormarner Nordkommunen (Ahrensburg, Großhansdorf, Ammersbek, Stapelfeld usw.) gegangen und haben bereits einen Vertrag mit Hamburgwasser für die Zeit nach dem 31.03.2024 abgeschlossen. Leider lässt es das Kommunalrecht nicht zu, dass zu dieser Frage ein Bürgerentscheid durchgeführt wird. Wenn Sie also sicher gehen wollen, dass die Reinbeker Wasserversorgung in bewährter kommunaler Hand verbleibt, benötigen wir Ihre Unterstützung. Gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels ist eine starke Gemeinschaft zur Sicherstellung der Wasserversorgung

- 30 -

notwendiger denn je. Sorgen Sie mit Ihrer Stimme bei der Kommunalwahl für eine dauerhaft sichere Wasserversorgung.

Eigenverantwortung des Bürgers stärken!

„Wir müssen Reinbeks Bürger erziehen“, mit diesen Worten verdeutlichte ein Stadtverordneter der SPD-Fraktion, begleitet von zustimmenden Kommentaren auch aus den Reihen anderer Fraktionen, am 23.09.2021 im Rahmen einer Stadtverordnetenversammlung seine Grundeinstellung zum Umgang mit Reinbeks Bürgern. Diese Grundhaltung der politischen Wettbewerber steht im kompletten Gegensatz zu unseren liberalen Grundsätzen. Im Vordergrund unserer Politik steht der mündige, Eigenverantwortung tragende Bürger. Politik ist kein Selbstzweck oder Erziehungsauftrag, sondern hat das Wohl der Reinbeker Bürger zum Ziel. Die Reinbeker Bürger sind daher möglichst früh und umfassend in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Bürgerhandeln hat Vorrang vor staatlichem Handeln. Bürgerorientiert handelnde Verwaltungsmitarbeiter sind dafür eine Grundvoraussetzung. Neue Formen der Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen haben zum Beispiel bei der Diskussion über das Freizeitbad Reinbek oder die zukünftige Unterstützung der Sportvereine in Reinbek zu langfristig tragfähigen Lösungen geführt. Die jeweils erfreulichen Teilnehmerzahlen bei neuen Formen der Bürgerbeteiligung zeigen, dass dies ein Erfolgsfaktor für Reinbek werden kann. Diesen Weg wollen wir weiter vorantreiben. Eine Voraussetzung ist, dass engagierte Bürger mit ihren Sorgen und Nöten ernst genommen werden. Für eine offenere und bürgerfreundlichere Gestaltung der kommunalpolitischen Fragestunde werden wir uns einsetzen.

6. Öffentliche Sicherheit

Feuerwehren weiter fördern!

Reinbeks Feuerwehrkameraden leisten einen wertvollen Beitrag für die Sicherheit und das Wohlergehen der Reinbeker Bürger. Eine dem Einsatzzweck entsprechende moderne Ausstattung wollen wir, wie bisher, auch in Zukunft unterstützen.

Das neu gebaute Feuerwehrgebäude der Ortsfeuerwehr auf dem ehemaligen Grandplatz am Mühlenredder wird noch im Jahr 2023 zur Nutzung an die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr übergeben. Leider haben die jahrelangen Widerstände der anderen Fraktionen gegen diesen Standort zu einer erheblichen Kostensteigerung geführt. Die Reinbeker FDP hat sich schon zu Beginn des Entscheidungsprozesses an den Wünschen und Bedürfnissen der Feuerwehrkameraden orientiert und ist der Beurteilung der eingebundenen Fachleute gefolgt. Daher haben wir uns als einzige Fraktion von Beginn an für diesen Standort eingesetzt und freuen uns umso mehr, dass sich das Gebäude nun der Fertigstellung nähert.

- 31 -

Die Feuerwehrstandorte in Ohe und Schönningstedt weisen ebenfalls bauliche Mängel auf, die zum Teil die Sicherheit der Feuerwehrkameraden gefährden und die Einsatzfähigkeit beeinträchtigen. Hier setzen wir uns dafür ein, dass die neu zu bauenden Feuerwehrgerätehäuser nun zügig Gestalt annehmen. Auch hier gilt es die Wünsche und Bedürfnisse der Feuerwehrkameraden zu berücksichtigen und durch fachliche Beratung zukunftsfähige Gebäude zu erstellen. Während der Standort für die neue Feuerwehrwache in Ohe am Westrand von Ohe bereits gefunden ist, gilt es für Schönningstedt in Abstimmung mit Feuerwehr und Bürgern noch den sinnvollsten Standort festzulegen. Eine Option ist der bisherige Standort der AWSH, es sind aber auch andere Lösungen denkbar. Wie immer ist die Entscheidung nach sachlicher Abwägung der Vor- und Nachteile frei von ideologischen Festlegungen zu treffen.

Innovative Lösungen zur unabhängigen Stromversorgung im Notfall!

Vor dem Hintergrund des Klimawandels kommt einer modernen, einsatzgerechten Ausstattung und Ausrüstung der Feuerwehren besondere Bedeutung zu. So setzen wir uns unter anderem dafür ein, dass eine unabhängige Stromversorgung der Feuerwehrgerätehäuser auch über einen längeren Zeitraum möglich ist. Dies kann zum Beispiel durch Photovoltaikanlagen gekoppelt mit leistungsfähigen Batteriespeichern für die neu erstellten Feuerwehrgerätehäuser sichergestellt werden. Auch die Nutzung der Wasserkraft am Reinbeker Bille-Wehr zum Zweck der Notstromversorgung wollen wir prüfen lassen.

Auf Extremwetterereignisse oder Blackout-Szenarien vorbereitet sein!

Wir setzen uns dafür ein, dass Reinbek Konzepte, Maßnahmenkataloge und Notfallpläne entwickelt, um für Extremwetterereignisse oder langanhaltende Stromausfälle gerüstet zu sein. Gemeinsam mit den Akteuren der Feuerwehren, Krankenhäuser und allen weiteren relevanten Vereinen und Verbänden gilt es, sich auf die geänderten klimatischen Verhältnisse einzustellen und die damit verbundenen Herausforderungen anzunehmen. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel wollen wir zur Verfügung stellen.

Vertrauen in die Arbeit der Polizei!

Der Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen obliegt einzig der Polizei. Die Kommunalpolitik hat wenig Einfluss auf personelle und materielle Ausstattung unserer Polizei. Wir setzen uns über unsere Landtagsfraktion dafür ein, dass das Land Schleswig-Holstein die Polizei landesweit noch besser ausstattet und zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Aus der Kriminalitätsstatistik für Reinbek ist zu entnehmen, dass Reinbek in den letzten Jahren sicherer geworden ist. Dennoch kann jeder von uns Opfer eines Verbrechens werden. Insbesondere Wohnungseinbrüche stellen oft eine schwere

- 32 -

seelische Belastung für die Betroffenen dar. Beratungsangebote zum verbesserten Schutz vor Einbruchdiebstahl sollten intensiviert und besser bekannt gemacht werden.

Die verstärkte öffentliche Präsenz von Polizeikräften erhöht das Sicherheitsgefühl der Bürger und wirkt abschreckend auf potentielle Täter.

Auch die leider wieder verstärkt auftretenden Vandalismus-Schäden im gesamten Stadtgebiet lassen sich auf diese Art verringern. Die öffentliche Sicherheit herzustellen ist aus unserer Sicht in erster Linie Aufgabe der Polizei. Der Einsatz privater Sicherheitsunternehmen kann nur die zweitbeste Lösung sein.

Wir sind Reinbeker Bürger, die sich ausschließlich in ihrer Freizeit für die Kommunalpolitik einsetzen, weil wir gestalten und nicht nur kritisieren wollen.

GEMEINSAM ZUKUNFT SCHAFFEN!

Nach dieser Maxime wollen wir handeln. Was wir für das Beste für Reinbek halten, können Sie den einzelnen Punkten dieses Programms entnehmen. Wir stehen auch nach der Wahl zu unseren Positionen und werden diese wie bisher klar und deutlich vertreten. Ein Programm kann dabei weder allumfassend sein noch auf zukünftige aktuell nicht bekannte Herausforderungen eingehen. Wir stellen uns gern der Diskussion über den besten Weg für Reinbek mit Ihnen und auch mit unseren politischen Mitbewerbern. Als liberale Bürger setzen wir uns für den von Voltaire formulierten Grundsatz ein:

„Mein Herr, ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür einsetzen, dass Sie sie äußern dürfen.“

Gerade im aktuellen Geschehen kommt es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders auf die Achtung dieser Maxime an.

Sollten Sie Fragen oder Anregungen zu diesem Programm haben, sprechen Sie uns gerne an. Dies gilt selbstverständlich auch, wenn Sie gemeinsam mit uns politisch aktiv werden wollen. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter

www.fdp-reinbek.de

Zur besseren Lesbarkeit haben wir in diesem Programm das generische Maskulinum verwendet. Gleiche Rechte aller Geschlechter ist eine der Wurzeln des Liberalismus.

Ihre

FDP-Fraktion Reinbek, im Februar 2023